



**HEIMAT BAYERN.  
ZUKUNFT DEUTSCHLAND.  
MIT UNS.  
CSU**

**Programm der Christlich-Sozialen Union  
zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990**

**Verabschiedet durch den Parteiausschuß der CSU am 29. Oktober 1990**



## Präambel

Die Freiheit hat über die Unfreiheit gesiegt. Kommunismus und Sozialismus sind gescheitert. Der Auftrag des Grundgesetzes ist erfüllt, die Einheit Deutschlands vollendet. In ganz Europa weht der Wind der Freiheit und der Geist des demokratischen Aufbruchs. Unser Kontinent wächst enger zusammen.

Die CSU hat besonderen Anlaß, sich über die Wiedererlangung der Einheit des Vaterlandes zu freuen. Die Wahrnehmung nationaler Verantwortung war uns stets und auch in unbequemen Zeiten selbstverständliche Pflicht. Wir hielten klaren Kurs auf ein in Freiheit geeintes Deutschland auch dann, wenn wir allein standen. Bequeme Anpassung an den angeblichen oder tatsächlichen Zeitgeist lehnten wir auch in der Deutschlandpolitik ab. Von der von Hans Erhard im Juni 1947 nach München einberufenen gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz über den von Franz Josef Strauß zum Grundlagenvertrag der SPD/FDP-Koalition bewirkten Gang des Freistaates Bayern zum Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, durch den der Weg zur Anerkennung deutscher Zweistaatlichkeit versperrt und jede Bundesregierung auf die Einheit verpflichtet wurde, bis zur verantwortlichen Gestaltungsarbeit am Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion durch Theo Waigel und unserer Mitwirkung am Einigungsvertrag zieht sich eine konsequente Linie der Grundsatztreue und Glaubwürdigkeit. Für uns, die CSU, war die deutsche Frage immer offen, stand sie immer auf der Tagesordnung der Politik.

Die Deutschen können sich ihrer errungenen Einheit um so mehr freuen, da sie mit Unterstützung durch die Partner im Westen und in guter Nachbarschaft mit den Staaten und Völkern im Osten erreicht wurde. Niemand braucht vor einem geeinten und damit wieder größeren Deutschland Angst zu haben. Die Deutschen haben die Lehren der Geschichte begriffen, sie haben sich im bisher freien Teil Deutschlands mehr als vier Jahrzehnte lang als Träger einer stabilen Demokratie bewährt, sie haben sich als verlässliche Bündnispartner nach Westen und als korrekte Vertragspartner nach Osten erwiesen, sie waren und sind wichtiger Pfeiler einer europäischen Friedensordnung. Die Deutschen aus dem 40 Jahre lang unfreien Teil des Vaterlandes haben ihre demokratische und geschichtliche Bewährungsprobe in einer friedlichen Revolution bestanden, deren Verlauf und Wirkung zu den leuchtenden Kapiteln der deutschen Geschichte gehört.

Die deutsche Einheit ist zum einen Ergebnis des mutigen Aufbegehrens unserer Mitbürger jenseits der Elbe, zum anderen aber die Frucht einer besonnenen, umsichtigen und zielstrebigem Politik der Bundesregierung. Die Art und Weise, wie Bundeskanzler Helmut Kohl die außenpolitische Einbettung und Absicherung der innerdeutschen Entwicklung trotz des ungeheuren Zeitdrucks bewältigte, zählt zu den großen Leistungen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Im Inneren setzte und setzt uns eine seit dem Herbst 1982 betriebene Finanz- und Wirtschaftspolitik der Solidarität und des Aufschwungs in die Lage, die gewaltigen wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen, die mit der deutschen Einheit verbunden sind, mit Mut, Kraft und Zuversicht anzupacken. Hier hat sich die Bereitschaft des CSU-Vorsitzenden Theo Waigel, im April 1989 in einer für die Bonner Koalition kritischen Zeit das Bundesfinanzministerium zu übernehmen, als besonderer Faktor der Stabilisierung und Dynamisierung der Bonner Regierungsarbeit erwiesen. Waigel setzt die große Tradition der CSU-Bundesfinanzminister Fritz Schäffer und Franz Josef Strauß überzeugend fort.

Während sich die CSU ihrer deutschlandpolitischen Herausforderung stellte, flüchtete die SPD unter dem Diktat ihres Spitzenkandidaten Lafontaine in eine Haltung der Widersprüchlichkeit und der Verweigerung. Als der Zug zur deutschen Einheit seine Fahrt aufnahm und immer mehr beschleunigte, blieb der Schalter der SPD geschlossen. Während die deutsche Politik in einer der größten Bewährungsproben ihrer Geschichte stand, beschränkte sich die SPD auf rote Schwarzmalerei, auf Angst- und Panikmache, auf das Schüren von Neid und Zukunftsangst. Offensichtlich ist die SPD nicht mit ihrem inneren Problem fertig geworden: Wenn man jahrelang eine Politik deutscher Zweistaatlichkeit beförderte und wenn man sich auf die Suche nach ideologischen Gemeinsamkeiten mit der SED machte, wenn man gestern noch die Vereinigung Deutschlands als "Lebenslüge" und ihre Befürworter als "Heuchler" abtat, wie soll man dann heute glaubwürdiger und überzeugender Anwalt dieser Einheit sein?

Am 03. Oktober 1990 wurde die Einheit Deutschlands vollendet. Am 2. Dezember 1990 wird das erste gesamtdeutsche Parlament für das geeinte Vaterland gewählt. Die Bürgerinnen und Bürger werden darüber entscheiden, welchen Kurs das neue Deutschland nehmen und wie das deutsche Haus im Rahmen einer neuen europäischen Ordnung ausgestattet wird. Am 2. Dezember geht es darum, den geschichtlichen Erfolg des 3. Oktober auf eine dauerhafte, zukunftsorientierte und am Interesse aller Deutschen ausgerichtete Grundlage zu stellen. Es geht darum, das furchtbare

Erbe einer vierzigjährigen sozialistischen Zwangsherrschaft zu überwinden und ganz Deutschland zu einem Land politischer Stabilität, wirtschaftlichen Wohlstands und sozialer Gerechtigkeit zu machen. Es geht darum, daß die politischen Kräfte in Deutschland, unter deren Führungsverantwortung die Einheit erreicht wurde, die Möglichkeit behalten, die mit dieser Einheit verbundenen Herausforderungen und Chancen zu bestehen und zu nutzen. Deshalb geht es darum, daß CSU und CDU auch weiterhin die bestimmende politische Kraft in Deutschland bleiben, daß ohne sie und gegen sie nicht regiert werden kann. Dabei kommt auf die Christlich-Soziale Union besondere Verantwortung zu - nur durch unseren weit überdurchschnittlichen Beitrag zum Gesamtergebnis konnte die Union in der Vergangenheit diese Führungsrolle behaupten. Die CSU weiß, welche Verpflichtung ihr daraus am 2. Dezember erwächst!

Ludwig Erhard hat über Karl Marx gesiegt. Die Soziale Marktwirtschaft, die den Deutschen in der Bundesrepublik einen beispielhaften und weltweit bewunderten wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg gebracht hat, muß die Wirtschafts- und Sozialordnung für ganz Deutschland sein. Der Sozialismus ist nicht nur auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zusammengebrochen - überall, wo der verhängnisvolle, nur in Unfreiheit mögliche und durch Unterdrückung zu erzwingende Versuch unternommen wurde, diese Unheilslehre in die Wirklichkeit umzusetzen, haben die Menschen dafür einen bitteren Preis bezahlt. Trotz dieses Scheiterns des Sozialismus in Deutschland gibt es immer noch politische Kräfte in unserem Land, die dem verhängnisvollen Traum von tatsächlichen Sozialismus, den es immer noch zu verwirklichen gelte, anhängen. Ausdrücklich hat sich die SPD noch im Dezember 1989 - also nach der friedlichen Revolution in Deutschland - als Partei des demokratischen Sozialismus definiert. Die in PDS umbenannte ehemalige SED setzt ungeniert weiterhin auf den Sozialismus. Auch andere grün-alternative Gruppierungen sind der sozialistischen Ideologie verhaftet. All diesen Kräften muß durch eine klare Wählerentscheidung der Zugang zur Regierungsmacht versperrt werden - im Interesse Deutschlands und im Interesse seiner Menschen.

Auch deshalb ist der 2. Dezember 1990 ein Entscheidungstermin über den Tag hinaus und von grundsätzlicher Bedeutung:

Auf der einen Seite steht die Soziale Marktwirtschaft, auf der anderen der Sozialismus, in welcher Färbung und Spielart auch immer.

Auf der einen Seite steht das solidarische Miteinander, auf der anderen das klassenkämpferische Gegeneinander.

Auf der einen Seite steht das Vertrauen in die Fähigkeit und Leistungskraft des einzelnen Menschen, auf der anderen der fatale Hang zu Bevormundung und Kollektivismus.

Auf der einen Seite steht die feste Überzeugung, daß ein neues Deutschland in einem geeinten Europa eine gute und sichere Zukunft haben wird, auf der anderen Seite herrschen Zukunftsangst, Katastrophengeschrei und Untergangsstimmung.

Deshalb muß am 2. Dezember eine klare Entscheidung für die Freiheit und gegen den Sozialismus fallen. Die CSU ist diese Partei der Freiheit.

Die deutsche Politik steht vor historischen Chancen:

\* Der Frieden in Europa wird sicherer.

Die verteidigungsbereite Friedenspolitik der Union hat zum entscheidenden Durchbruch in der Abrüstungspolitik geführt. Das Gleichgewicht des militärischen Schreckens wird durch Vertrauen und Zusammenarbeit ersetzt. Deutschland bleibt Partner der Atlantischen Allianz, bei gleichzeitiger guter Nachbarschaft gegenüber den Völkern Osteuropas. Eine neutralistische Schaukelpolitik wäre für die Deutschen wie für die anderen Europäer der falsche Weg. Die CSU wird darauf achten, daß die Zugehörigkeit Deutschlands zur Wertegemeinschaft der freien Welt, die offen sein muß für die neuen Demokratien aus dem Bereich des ehemaligen Ostblocks, nie in Zweifel gezogen werden kann.

\* Osteuropa kehrt heim in die abendländische Wertegemeinschaft.

Das geeinte Deutschland wird ein sicherer Pfeiler für den Brückenschlag zu unseren östlichen Nachbarn sein. Wir bieten ihnen umfassende Hilfe auf ihrem Weg zu parlamentarischer Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft. Wir sind bereit zur Versöhnung und Freundschaft. Dies gilt im besonderen gegenüber dem polnischen Volk. Weil sonst die Zustimmung zur Einheit Deutschlands auf außenpolitischem Feld nicht zu bekommen gewesen wäre, mußten wir den unabweisbaren und für unsere Heimatvertriebenen bitteren Preis der Hinnahme der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze bezahlen. Nach dem Willen der CSU wird diese Grenze ihren schmerzlichen und trennenden Charakter verlieren, weil wir für ein umfassendes Volksgruppenrecht für die noch in ihrer Heimat lebenden Deutschen eintreten. Zur Verwirklichung dieses Rechtes fordern wir die polnische

Regierung nachdrücklich auf. In einem künftigen Europa, in dem nationale Grenzen wesentlich an Bedeutung verlieren werden, treten wir ein für das Selbstbestimmungsrecht und eine vernünftige Verwirklichung des Rechts auf Heimat für alle Menschen.

- \* Die Europäische Gemeinschaft wird zum Herzstück eines freien Gesamteuropa. Die Völker Europas müssen ihre Kräfte bündeln, wenn sie ihre Chancen in der Welt nutzen und ihrer globalen Verantwortung gerecht werden wollen. Deshalb werden wir den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft vorantreiben. Allerdings: Das Europa der Zukunft muß ein Europa der Regionen sein, ein Kontinent lebendiger Vielfalt, nicht öder Gleichmacherei sein. Nicht lähmender Zentralismus, kreativer Föderalismus muß Richtschnur bei der fortschreitenden Einigung Europas sein. Die CSU mit ihrer bayerischen Erfahrung ist hier der berufene Wächter und Mahner.
  
- \* Deutschlands und Europas weltpolitische Verantwortung wächst. Die geschichtlichen Veränderungen in Europa, die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit unseres Volkes wie der freiheitlich demokratische Aufbruch in nahezu allen Ländern Europas, hat Auswirkungen in weltweitem Maßstab. Weltpolitische Krisen - der Nahe Osten bietet dafür ein bedrückendes aktuelles Beispiel - erfordern gebieterisch, daß Europa seine politische Verantwortung in einem Ausmaß wahrnimmt, die seiner wirtschaftlichen Kraft entspricht. Damit wird auch Deutschland vor neuen Herausforderungen stehen. Die CSU wird für klare gesetzliche und verfassungsmäßige Regelungen eintreten, damit Deutschland künftig der Rolle gerecht werden kann, deren Wahrnehmung unsere Partner und Nachbarn zurecht von uns erwarten. Zur größeren Verantwortung, die auf Deutschland und Europa zukommt, gehören auch verstärkte Anstrengungen globaler Entwicklungs- und Umweltpolitik.

Die Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands ist mehr als die Addition bisheriger Teile. Erst im Zusammenwachsen der Menschen, in ihrem gegenseitigen Verstehen und in ihrer Bereitschaft, in nationaler, christlicher und menschlicher Solidarität miteinander umzugehen, entsteht das Fundament einer Zukunft voller Zuversicht. Der Beitritt zur demokratischen Ordnung unseres Grundgesetzes - die CSU wird hier allen Versuchen sozialistischer Verbiegungen und Verfälschungen ein unerbittliches Nein entgegensetzen! - und die Einführung der Sozialen Marktwirt-

schaft setzen den Rahmen, innerhalb dessen für ganz Deutschland politische Stabilität, innerer Frieden, wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Gerechtigkeit geschaffen und gesichert werden können.

Auf der Grundlage ihrer politischen Leistungen für Bayern und für die Bundesrepublik wird die CSU auch für ganz Deutschland mit ihrer Politik des Maßes und der Mitte, der Vernunft und der Verlässlichkeit, der Geschlossenheit und der Glaubwürdigkeit unverwechselbare Akzente setzen. Unseren selbstverständlichen deutschlandweiten Anspruch werden wir wie bisher durch die überzeugende Tat verwirklichen. Wie in der Vergangenheit werden eine kraftvolle Handschrift und eine deutliche Aussprache unser Kennzeichen sein.

Die Schwerpunkte unserer Politik im vereinigten Deutschland liegen fest:

\* Wohlstand sichern für alle Deutschen

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung der persönlichen Freiheit, des allgemeinen Wohlstands und der sozialen Sicherung. Wohlstand für alle erwächst nur aus Leistungsbereitschaft und Leistungswillen. Die deutsche Einheit gefährdet den Wohlstand nicht, im Gegenteil, sie bringt alle Chancen mit sich, ihn im ganzen Deutschland auf ein sicheres Fundament zu stellen. Acht Jahre wirtschaftlicher Aufschwung unter der Regierung Helmut Kohl/Theo Waigel bieten die beste Gewähr dafür, daß die mit der deutschen Einigung verbundenen wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen gemeistert werden können. Wir ermuntern alle Unternehmen, sich am wirtschaftlichen Aufbau der fünf neuen Bundesländer zu beteiligen. Unsere Landsleute fordern wir auf, frei von staatlicher Bevormundung und Gängelei ihre wirtschaftlichen Chancen in Eigenverantwortung zu nutzen. Dafür wird die CSU für jede nötige und mögliche Hilfe eintreten.

\* Die Lebensgrundlagen schützen

Umweltschutz ist Schutz der Heimat, Schutz der Natur und Schutz der Menschen. Lange vor anderen Parteien und anderen Ländern haben die CSU und Bayern im Umweltschutz Pionierarbeit geleistet. Künftig muß die ökologische Verbesserung in den alten und die ökologische Erneuerung in den neuen Bundesländern gleichermaßen vorangetrieben werden. Wo der Sozialismus die Schöpfung zerstört, wo er Boden, Wasser und Luft ohne Rücksicht auf die Menschen vergiftet

hat, muß vorrangig mit der Beseitigung der sozialistischen Erblast begonnen werden.

\* Die Lebensqualität verbessern

Die Qualität menschlichen Lebens erwächst aus gesunder Umwelt und gesunder Ernährung, aus gesundheitlicher Vorsorge und einem menschenwürdigen sozialen Umfeld, aus einer Heimat, die man liebt und in der man gerne lebt. Die Politik der CSU zielt darauf ab, daß alle Bürger überall in Deutschland, ob sie in städtischen Ballungsräumen oder in ländlichen Regionen leben, diese Heimat finden. Zerstörte dörfliche Strukturen und dem Verfall preisgegebene Stadtviertel als Hinterlassenschaft des Sozialismus sind ein beredtes Zeugnis für die Notwendigkeit einer gezielten Städtebauförderung, einer Dorferneuerung und einer Strukturpolitik für den ländlichen Raum. Auch deshalb bleibt für die CSU die bäuerliche Landwirtschaft unentbehrlich für die Gestaltung und Erhaltung unserer Heimat.

\* Solidarität beweisen

Unsere Bürger erwarten nicht, daß über Nacht die Folgen sozialistischer Mißwirtschaft beseitigt werden können. Dennoch gilt das beispielhafte Netz unserer sozialen Sicherung für alle Deutschen. Die CSU, das soziale Gewissen der bisherigen Bonner Koalition, sieht hier eine besondere Verantwortung. Soziale Gerechtigkeit erwächst nicht aus sozialistischer Umverteilung, sondern aus Leistung und Solidarität. Die Menschen überall in Deutschland haben Anspruch auf diese Solidarität und auf die damit verbundene Vor- und Fürsorge. Verstärkter Wohnungsbau, Absicherung des Lebensrisikos, Pflegebedürftigkeit und die weitere Stärkung der Familie sind für die CSU die großen sozialen Aufgaben der Zukunft.

\* Den Rechtsstaat stärken

Das neue geeinte Deutschland darf weder rechtsfreie Räume wie in der Hamburger Hafenstraße noch staatliche Unterdrückung wie in der einstigen sozialistischen DDR dulden. Deshalb bekämpft die CSU mit gleicher Entschiedenheit die Rechtsbrüche von Minderheiten wie willkürliche Übergriffe der Staatsmacht. Nichts kann Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung rechtfertigen. Die deutsche Geschichte lehrt: Eine falsch verstandene Toleranz endet in Diktatur oder Terrorismus. Die Bedrohung unserer Gesellschaft durch organisiertes Verbrechen und Drogenkriminalität erfordert den verstärkten Einsatz des Rechts-



staates und seiner Organe. Die CSU wird mit ihrem Drängen nicht aufhören, unserem demokratischen Staat alle Instrumente zu verschaffen, die er zur Abwehr seiner Feinde und zur Bekämpfung schwerster Kriminalität braucht.

\* Deutschland in föderalistischer Vielfalt gestalten

Die Erfahrungen in der deutschen Geschichte warnen vor einem zentralistischen Einheitsstaat. Schon deshalb muß der Föderalismus das Grundprinzip beim Auf- und Ausbau des neuen Deutschland sein. Der Föderalismus gewährleistet Wettbewerb und Machtausgleich, Vielfalt und Lebendigkeit. Die CSU unterstützt deshalb nachhaltig das Wiedererstehen der neuen Bundesländer. Der Föderalismus, Ordnungsprinzip nicht nur für Deutschland, sondern für das sich einigende Europa, muß nicht nur funktionsfähig erhalten, sondern weiter gestärkt werden.

\* Die Vergangenheit bewältigen, die Zukunft meistern

Die Deutschen haben ihre geschichtlichen Lektionen aus der Zeit des Nationalsozialismus begriffen. Jetzt müssen die Deutschen gemeinsam auch die Lehren aus 40 Jahren sozialistischer Diktatur ziehen. Deshalb dürfen die zahllosen Toten und das unendliche menschliche Leid sozialistischer Unrechtsherrschaft nicht vergessen und verdrängt werden. Die CSU wird dafür eintreten, daß dieses traurige Kapitel deutscher Geschichte aufgearbeitet wird. Das bedeutet nicht Hexenjagd, sondern ehrliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Es bedeutet die Sühne von persönlicher Schuld dort, wo es die Gerechtigkeit erfordert und der Rechtsfriede zuläßt. Nur so, bei gleichzeitiger Beseitigung aller noch vorhandenen Machtstrukturen aus der Zeit der SED-Herrschaft, kann der innere Frieden in Deutschland wiederhergestellt werden, der die unabdingbare Voraussetzung ist, ein Klima in unserem Vaterland zu schaffen, in dem in einem Geist menschlicher Solidarität die großen Zukunftsaufgaben angepackt und bewältigt werden können.

Die Christlich-Soziale Union hat in ihrer 45jährigen Geschichte ihre politische Kompetenz und Handlungsfähigkeit in Zeiten großer Herausforderungen stets besonders überzeugend unter Beweis gestellt. Der Aufbau eines neuen und geeinten Deutschlands, bei gleichzeitiger Wahrung berechtigter bayerischer Interessen, stellt eine solche Herausforderung dar. Unsere Leistung in der Vergangenheit, unser Handeln in der Gegenwart, unser Programm für die Zukunft - vor dem Hintergrund dieses Dreiklangs tritt die Christlich-Soziale Union am 2. Dezember 1990 vor die Wählerinnen und Wähler in Bayern und bittet sie um ihr Vertrauen.

## 1.

**Wir treten ein für eine blühende und starke föderalistische Vielfalt im geeinten Deutschland und im geeinten Europa; gute Nachbarschaft mit allen Völkern unseres Kontinents ist uns Verpflichtung und Ziel.**

Nach mehr als vier Jahrzehnten gewaltsamer Teilung sind Freiheit, Menschenrechte und Demokratie in ganz Deutschland Wirklichkeit geworden. Die Deutschen haben wieder ein gemeinsames Vaterland. Das war Ziel unserer Politik von Anfang an, darauf haben wir konsequent hingearbeitet. Die Schaffung eines souveränen und geeinten Deutschland in einem freien und demokratischen Europa ist eine historische Herausforderung, der sich die CSU bewußt und beherzt stellt. Die Überwindung der Teilung Deutschlands beseitigt eine wesentliche Ursache der Spannungen zwischen Ost und West und macht damit den Frieden in Europa sicher.

Der wirtschaftliche Aufbau in den neuen deutschen Ländern wird auf Dauer den Wohlstand der Deutschen insgesamt mehren. Die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft, von uns vor mehr als vier Jahrzehnten gegen erbitterten sozialistischen Widerstand für die Bundesrepublik durchgesetzt, wird auch für ganz Deutschland die Ordnung eines breiten Wohlstandes und einer beispielhaften sozialen Sicherheit sein. In solidarischem Miteinander, nicht in klassenkämpferischem Gegeneinander werden wir das neue Deutschland bauen und Lebensverhältnisse im ganzen Land schaffen, die den Menschen überall Heimat entstehen lassen. Aus bayerischen Erfahrungen und Erfolgen heraus werden wir uns in den neuen Ländern für wirtschaftliche Vielfalt einsetzen, bei deren Verwirklichung der Mittelstand als einer Säule der Sozialen Marktwirtschaft und gesellschaftlicher Stabilität große Bedeutung zukommt.

Gegen Sozialismus und Zentralismus setzt die CSU Freiheit und Föderalismus. Für den Aufbau eines neuen und glücklichen Deutschland ist der Föderalismus unabdingbare Voraussetzung. Er gewährleistet Vielfalt, sichert die Gewaltenteilung, gewährleistet das innerstaatliche Gleichgewicht, verhindert Gleichmacherei und Provinzialisierung der deutschen Länder. Die Sicherung und Stärkung des föderativen Systems im geeinten Deutschland sieht die CSU als wichtige Zukunftsaufgabe. Wir werden eine Änderung des Grundgesetzes dahingehend anstreben, daß die Übertra-

gung von Hoheitsrechten der Länder an zwischenstaatliche Einrichtungen wie die EG nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Länder erfolgen kann. Eine Beschneidung der Kulturhoheit der Länder, im deutschen wie im europäischen Rahmen, wird es mit der CSU nicht geben.

Wie das geeinte Deutschland lebt das sich einigende Europa aus seiner geschichtlich gewachsenen Vielfalt. Föderalismus ist für die CSU deswegen nicht nur ein Prinzip deutscher, sondern auch europäischer Zukunftsordnung. Wir treten ein für den Auf- und Ausbau einer Europäischen Gemeinschaft der offenen Grenzen. In guter Nachbarschaft wollen wir den Ländern und Völkern, die im Zuge der freiheitlichen Revolution Europas zur Demokratie zurückgefunden haben, den Rückweg in die geistige, wirtschaftliche und politische Heimat Europas ebnen helfen.

## 2.

**Wir sichern Frieden und Freiheit für unser Volk und für die Völker Europas, treiben Abrüstung und Rüstungskontrolle voran und gewährleisten mit unserer Bundeswehr die notwendige Verteidigungsfähigkeit.**

Frieden und Freiheit gehören untrennbar zusammen, beides zu sichern ist das überragende Ziel unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Mehr als vier Jahrzehnte lang hat sich die Bundesrepublik als ein Faktor des Friedens in Europa bewährt. Die CSU hat dazu ihren unverwechselbaren Beitrag geleistet. Wir haben an unserer Zugehörigkeit zur Atlantischen Allianz nie rütteln lassen. In Zukunft wird ganz Deutschland zur Verteidigungs- und Wertegemeinschaft der freien Welt gehören. Wir werden dafür sorgen, daß Deutschland in bewährter Partnerschaft mit dem Westen und in einem Geiste neuer Nachbarschaft mit dem Osten einen unverrückbaren Eckstein einer dauerhaften europäischen Friedensordnung darstellt.

Weil die militärische Bedrohung geringer geworden ist, werden wir uns für eine Stärkung der politischen Aufgaben des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses einsetzen. Wir werden unseren Beitrag zur Reform und Ausgestaltung der NATO dahingehend leisten, daß sie in Abrüstungsverhandlungen und als Instrument zur friedlichen Konfliktbeilegung in politischen Krisen auch neuen Aufgaben gerecht werden kann.

Mit unserer konstruktiven Abrüstungspolitik, die eigene Festigkeit und Verteidigungsfähigkeit mit umfassender Verhandlungsbereitschaft verband, haben wir mehr erreicht als die SPD je verlangt hat. Wir haben allen Forderungen nach einseitigen Abrüstungsschritten des Westens widerstanden und haben dadurch erreicht, daß auch die Sowjetunion abgerüstet hat und abrüstet. Auf dem Weg zu dem großen Ziel "Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" sind wir ein großes Stück vorangekommen. Unter Wahrung des Gleichgewichts und unter Aufrechterhaltung einer wirksamen Kontrolle wird die CSU jeden vernünftigen Abrüstungsschritt nachdrücklich unterstützen.

Wachsamkeit bleibt aber nach wie vor der Preis der Freiheit. Auch wenn sich die politische Lage in Europa durch die Politik Gorbatschows und durch die militärische Auflösung des Warschauer Pakts grundlegend verändert hat, bleibt das Fundament der deutschen Sicherheit nach wie vor die Atlantische Allianz, das Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika und unsere Bundeswehr. Die Sowjetunion wird auch in Zukunft ungeachtet ihrer wirtschaftlichen und politischen Krisen eine militärische Supermacht mit einem umfangreichen Potential an Nuklearwaffen bleiben, zu der in Europa nur die USA ein ausgewogenes Gegengewicht darstellen können. Deshalb ist für uns Neutralität kein Weg für das geeinte Deutschland. An der amerikanischen Schutzgarantie und an der Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO, die wir im Zuge der Wiedergewinnung unserer staatlichen Einheit für ganz Deutschland sichern konnten, halten wir auch in Zukunft fest.

Die Bundeswehr, die Berufssoldaten wie die Wehrpflichtigen, hat entscheidend dazu beigetragen, den Frieden in Deutschland und in Europa zu erhalten. Dafür gebührt allen Angehörigen unserer Streitkräfte Dank, der sich für die CSU auch in einer glaubwürdigen wirtschaftlichen und sozialen Fürsorge ausdrückt. Die Zahl der Soldaten in einem geeinten Deutschland wird, unter Einbeziehung ehemaliger Angehöriger der Nationalen Volksarmee der DDR, auf 370.000 Mann verringert, die Wehrpflicht ist auf 12 Monate verkürzt. Substantielle Einsparungen im Verteidigungshaushalt werden möglich sein, kostenintensive Rüstungsprojekte sind zu überprüfen, eine Verringerung militärischer Manöver ist anzustreben. Die Durchführung von Tiefflugübungen halten wir für nicht mehr erforderlich.

Dennoch wird die CSU mit aller Wachsamkeit und Nachdrücklichkeit darauf achten, daß die Bundeswehr auch in Zukunft nichts von ihrer friedenssichernden Kraft verliert. Funktionsfähige Streitkräfte, die gegen niemand gerichtet sind und nie-

mand bedrohen, gehören ebenso wie die Verteidigungsfähigkeit schlechthin zu einem souveränen Staat und damit auch zum geeinten Deutschland.

### 3.

**Wir werden mit der Sozialen Marktwirtschaft erreichten Wohlstand sichern und neuen Wohlstand für alle Deutschen schaffen und damit die Fundamente für ein leistungsfähiges Netz der sozialen Sicherheit festigen und ausbauen.**

Politische und wirtschaftliche Freiheit sind unteilbar. Deshalb hat für die CSU vom Anfang ihres Wirkens an die Soziale Marktwirtschaft als notwendiges und unentbehrliches Element zum Bauwerk eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates gehört. Unsere Partei hat mit Ludwig Erhard der Sozialen Marktwirtschaft zum Sieg über sozialistische Plan- und Zwangswirtschaft verholfen. Diese Entscheidung, gegen erbitterten Widerstand der SPD durchgesetzt, hat den Menschen in der Bundesrepublik, insbesondere aber den Arbeitnehmern, einen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg sowie ein Netz der sozialen Sicherheit gebracht, die auch im Weltmaßstab beispielgebend sind. Nur die Soziale Marktwirtschaft kann jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, daß alle Menschen im geeinten Deutschland auf der Grundlage dieser Ordnung wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Verantwortung ihr Leben gestalten, ihre Fähigkeiten entfalten und ihre persönlichen Ziele erreichen können.

Auch wenn die SED-Nachfolgepartei PDS dies behauptet und die SPD diesen Eindruck erwecken möchte: Die Übergangs- und Anfangsschwierigkeiten in den fünf neuen Bundesländern sind nicht der Sozialen Marktwirtschaft anzulasten, sie gehören vielmehr zur katastrophalen Erblast einer 40-jährigen sozialistischen Mißwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft wird sich zum Wohle der Menschen in ganz Deutschland umso schneller durchsetzen, je entschlossener nach wie vor in den neuen Ländern vorhandene sozialistische Strukturen in Verwaltung und Wirtschaft zerschlagen werden.

Die CSU, deren Vorsitzender Theo Waigel mit dem Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der Sozialen Marktwirtschaft den Weg nach ganz Deutschland geöffnet hat, wird mit aller Unnachgiebigkeit dafür sorgen, daß es mit der

Behinderung marktwirtschaftlicher Entfaltung ein unverzügliches Ende nimmt. Auch die letzten sozialistischen Böcke, die sich selbst zu sozialistischen Gärtnern gemacht haben, müssen aus der Verantwortung entfernt werden.

Sozialismus hat überall in der Welt, wo er, unter welchem Vorzeichen auch immer, praktiziert wurde, eklatant versagt, auch im ehemals unfreien Teil Deutschlands. Deshalb sind sozialistische Rezepte, gleich welcher Art und gleich von welchen politischen Ärzten verschrieben, völlig untauglich, das große Aufbauwerk in den neuen Bundesländern und damit in ganz Deutschland voranzubringen.

Ganz Deutschland braucht die Soziale Marktwirtschaft,

- damit die Menschen durch ihre eigene Arbeit ihr Leben gestalten und sichern können,
- damit die Jugend attraktive Arbeitsplätze in zukunftsorientierten Berufen findet,
- damit der sozial Schwache in jeder Situation gesichert ist und
- damit sich unser Land einen wirksamen Umweltschutz leisten kann.

Weil in der Sozialpolitik nur das verteilt werden kann, was zuvor erwirtschaftet worden ist, ist eine blühende Soziale Marktwirtschaft die beste Politik für die Arbeitnehmer und für alle, die der Solidarität der Gemeinschaft bedürfen.

Was sich bisher für die Bundesrepublik bewährt hat, wird sich künftig für ganz Deutschland bewähren. Die Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft durch unsere Bonner Politik seit 1982 hat zu einer jährlichen Steigerung der Realeinkommen um 5,4 %, zur Entstehung von mehr als zwei Millionen neuen Arbeitsplätzen und zu einer Rekordzahl der Gesamtbeschäftigung von mehr als 28 Millionen geführt.

Mit dieser Politik haben wir den Maßstab gesetzt, den wir beim wirtschaftlichen Neuaufbau ganz Deutschlands anwenden wollen. Der Sozialismus ist die Ideologie des illusionären Traums, die Soziale Marktwirtschaft ist die Ordnung des praktischen Erfolgs. Deshalb setzt die CSU auf die Soziale Marktwirtschaft und auf ihren Erfolg in ganz Deutschland.

#### 4.

Wir sorgen dafür, daß mit dem Geld unserer Steuerzahler verantwortungsbewußt umgegangen wird und verfechten eine Steuerpolitik, durch die der Aufschwung begünstigt und Arbeitsplätze geschaffen werden, durch die zur Leistung ermutigt und soziale Gerechtigkeit verwirklicht wird. Steuererhöhungen lehnen wir ab. Wir sind bereit, zu einem mutigen Sparprogramm unseren Beitrag zu leisten.

Wir wollen, daß die Bürgerinnen und Bürger einen möglichst großen Teil ihres Einkommens behalten können, um eigenverantwortlich ihr Leben zu gestalten. Sparsamer Umgang mit den Steuergeldern ist seit eh und je ein Kenn- und Markenzeichen der Finanzpolitik der CSU. Dies gilt für Bayern wie für Bonn. In der Bundespolitik stehen die Namen der Finanzminister Fritz Schäffer, Franz Josef Strauß und Theo Waigel für diese besondere Qualität unserer Politik.

Solide Staatsfinanzen und eine stabile Währung gehören für uns untrennbar zusammen. Mit unserer Haushaltspolitik seit 1982 haben wir die von SPD-Regierungen angeschlagenen Staatsfinanzen konsolidiert und durch unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik die Voraussetzungen geschaffen, die großen Herausforderungen, die mit der Einheit Deutschlands verbunden sind, meistern zu können. Anhaltender wirtschaftlicher Aufschwung auf der einen und größte Sparsamkeit bei den Ausgaben auf der anderen Seite machen es möglich, Steuererhöhungen zu vermeiden. Zur Finanzierung des wirtschaftlichen und sozialen Neubeginns in ganz Deutschland ist eine vorübergehende Erhöhung der Verschuldung notwendig und, auch nach Meinung der Finanz- und Wirtschaftswissenschaftler, verantwortbar. Aufwendungen zur endgültigen Überwindung der deutschen Teilung und zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland sind lohnende Investitionen in eine gute Zukunft. Die Milliarden, die bisher zur Abmilderung der Auswirkung der Teilung Deutschlands aufgebracht werden mußten, waren demgegenüber verlorenes Geld.

Die CSU will, daß sich Arbeit und Leistung lohnen. Der Ertrag der Arbeit und der Lohn zusätzlicher Anstrengungen muß ganz überwiegend denjenigen verbleiben, die sie erbringen. Mit unserer dreistufigen Steuerreform haben wir bei den direkten Steuern eine Nettoentlastung von fast 50 Milliarden DM erreicht. Der Schwerpunkt lag dabei bei den unteren und mittleren Einkommen sowie bei den Familien. Für eine halbe Million Kleinverdiener entfällt die Steuerpflicht völlig. Auch die

Wettbewerbsfähigkeit und Investitionskraft unserer Unternehmen, vor allem des Mittelstandes, haben wir durch beachtliche Steuersenkungen gestärkt.

Mit unserer Steuerpolitik haben wir die entscheidende Voraussetzung für die anhaltende wirtschaftliche Aufschwungphase geschaffen, die längste, die es bisher in der deutschen Nachkriegsgeschichte gegeben hat. Die CSU hat zum großen Werk der Steuerreform die wichtigsten Impulse gegeben, das Vorhaben unermüdlich vorangetrieben und von Anfang an in allen Entscheidungsphasen maßgeblich gestaltet.

Nur die Fortsetzung unserer erfolgreichen Finanz- und Steuerpolitik fördert den Einsatz und das Engagement privater Investoren, die zum Aufbau eines wirtschaftlich blühenden Deutschland in allen seinen Ländern notwendig sind. Die Hauptinvestitionen in den neuen Ländern müssen, bei aller Notwendigkeit staatlicher Hilfe, von privater Seite erbracht werden. Die Stärkung der Wachstumskräfte und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist das Fundament, auf dem der Wohlstand für alle Deutschen gebaut wird.

Die CSU als Volkspartei ist der Anwalt aller Gruppen und Schichten unserer Bevölkerung. Weil Inflation die "kleinen Leute", die Arbeitnehmer, die Rentner und die Familien besonders trafe, ist für uns die Stabilität der Mark ein unaufgebbares Ziel. Inflation ist zutiefst unsozial, denn insbesondere Löhne und Renten verlieren durch sie an Kaufkraft, kleine Vermögen werden aufgezehrt. Deshalb wird die CSU mit höchster Wachsamkeit und größter Unnachgiebigkeit darauf achten, daß weder durch die Kosten für die Beseitigung der Folgen des Sozialismus in den neuen Bundesländern noch durch die Schaffung der Europäischen Währungsunion die Härte der Deutschen Mark in Gefahr gerät. Die klare Position von Bundesfinanzminister Theo Waigel als notfalls auch unbequemer Hüter unserer Geldwertstabilität wird von der CSU mit allem Nachdruck unterstützt.



## 5.

Wir verteidigen den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat mit aller Entschlossenheit und bewahren die innere Sicherheit. Nur ein starker Staat kann ein liberaler Staat sein. Die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt beruht auf der Leistungskraft der öffentlichen Verwaltung, die deshalb ständig zu stärken und in ihrer Wirksamkeit zu verbessern ist.

Unser Staat ist die Gemeinschaft freier und für einander verantwortlicher Bürger. Er bezieht seine Autorität aus seiner Bindung an die unveräußerlichen Grundrechte und an die Menschenwürde. Der demokratische Rechtsstaat ist höchstes Gemeinschaftsgut. Nur im Rahmen seiner Ordnung können wir solidarisch handeln, um Wohlstand und Gerechtigkeit für alle zu erreichen. Eine repräsentative parlamentarische Demokratie ist ohne funktionierenden Rechtsstaat nicht möglich. Der unschätzbare Wert des Rechtsstaates wird insbesondere in einer Zeit bewußt, in der mit immer neuen Einzelheiten die rechtswidrige und unmenschliche Wirklichkeit einer 40-jährigen sozialistischen Diktatur im ehemals unfreien Teil Deutschlands zutage kommt.

Unsere Ordnung der repräsentativen Demokratie verbindet politische Führung und demokratische Verantwortung miteinander. Für die CSU als eine große und bewährte Volkspartei ist Volksnähe selbstverständlich. Dazu gehört auch, Wünsche, Bedürfnisse, Interessen und Befürchtungen der Bürger aufzunehmen, am Maßstab des Gemeinwohls zu werten, auszugleichen und in den Prozeß der gesellschaftlichen und staatlichen Willensbildung einzubringen. Allerdings erteilt die CSU all jenen Kräften eine Absage, die immer mehr plebiszitäre Elemente im Sinne einer Basisdemokratie an die Stelle unserer bewährten repräsentativen parlamentarischen Demokratie setzen wollen. Deshalb wenden wir uns auch entschlossen gegen alle Versuche von links, das Grundgesetz, die stabilste Verfassung, welche die Deutschen je hatten, in seiner Substanz zu verbiegen und zu ändern oder gar "sozialistische Errungenschaften" aus einer endlich überwundenen unseligen DDR-Vergangenheit einzuschleusen.

Die Wahrung von Sicherheit und Ordnung ist Grundvoraussetzung für die freie Entfaltung des einzelnen und das solidarische Zusammenwirken aller in der Gemeinschaft. Ohne Sicherheit und Ordnung gibt es keinen inneren Frieden und keine so-

ziale Gerechtigkeit. Der Sozialstaat setzt einen funktionierenden Rechtsstaat voraus. Der freiheitliche Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt und Gesetzesbrecher nicht zur Verantwortung zieht, verspielt die Freiheit, aber auch das Vertrauen seiner Bürger. Staatliche Willkür, wie sie auf deutschem Boden 40 Jahre lang traurige und erschütternde sozialistische Wirklichkeit war, hat mit einem demokratischen Rechtsstaat ebensowenig zu tun wie die Kapitulation der Staatsorgane vor Zuständen in rechtsfreien Räumen wie der Hamburger Hafensstraße.

Die CSU wird mit ihrem Drängen nicht aufhören, unserem demokratischen Staat alle Instrumente zu verschaffen, die er zur Abwehr seiner Feinde und zur Bekämpfung schwerster Kriminalität braucht. Schon bisher war in der Bonner Koalition die CSU die treibende Kraft bei allen Maßnahmen zu einer besseren Gewährleistung der inneren Sicherheit, nicht selten auch gegen eine unverständliche Blockadepolitik des Koalitionspartners FDP. Wir haben zur Bekämpfung terroristischer Gewaltverbrechen und zur Unterbindung des Mißbrauchs der Demonstrationsfreiheit durch militante Gewalttäter den Strafverfolgungsbehörden erweiterte Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

Der freiheitliche Rechtsstaat steht heute vor einer ernsthaften Bedrohung durch die organisierte Kriminalität, insbesondere durch den Rauschgifthandel. Zur Bekämpfung dieser Gefahr streben wir ein Bündel gesetzlicher Maßnahmen an, deren Verabschiedung von der FDP bisher verhindert wurde. Strafverschärfungen, die Zugriffsmöglichkeit auf die durch den Rauschgifthandel erworbenen Vermögen und insbesondere Regelungen zum Einsatz verdeckter Ermittler und technischer Mittel gehören dazu. Gesetz und Polizei können den Kampf gegen den Drogenhandel nicht allein gewinnen. Die Aufklärung über die Gefahren der Rauschgifte in Familie und Schule, in Jugendarbeit und Berufsbildung ist unentbehrlich, die stationären und ambulanten Behandlungsmöglichkeiten müssen verbessert werden. Die Verabreichung von Ersatzdrogen, wie zum Beispiel Methadon, durch den Staat kommt für die CSU nicht in Frage.

Trotz erreichter Verbesserungen müssen den Strafverfolgungsbehörden zur Bekämpfung der neuen Verbrechensformen wirksamere Mittel als bisher zur Verfügung gestellt werden. Die Polizei muß in ihrer Arbeit unterstützt, nicht behindert werden. Wer aus Gründen einer falsch verstandenen Liberalität und eines fehlgeleiteten Datenschutzdenkens der Polizei in den Arm fällt, versündigt sich an

der jungen Generation von heute und morgen. Die CSU wird darauf drängen, daß die weltweite Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Herstellung von Rauschgift und bei der Unterbindung des Handels mit Drogen entscheidend verbessert wird. Wir treten für strengere Rechtsvorschriften im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft ein und mahnen unermüdlich eine Verstärkung der Drogenfahndung an den Außengrenzen der EG an.

Die öffentliche Verwaltung hat eine Schlüsselrolle für Bestand, Funktionsfähigkeit und Zukunft von Staat und Gesellschaft. Die Herausforderungen, die mit der Einigung Deutschlands und mit der Einigung Europas verbunden sind, brauchen einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst und die Institution des Berufsbeamten-tums, an dessen verfassungsrechtlicher Garantie durch Artikel 33 des Grundgesetzes die CSU festhält. Zum Selbstverständnis und zur Funktion des Rechtsstaates gehört auch, daß der Staat sich auf die Loyalität seiner Beamten verlassen können muß. Verfassungsfeinde haben deshalb auch in Zukunft im öffentlichen Dienst nichts zu suchen. In der Verbesserung von Leistungskraft und Wirksamkeit der öffentlichen Verwaltung sieht die CSU einen politischen Dauerauftrag, der allerdings mit einer unnötigen Aufblähung der Zahl der Beschäftigten nichts zu tun hat. Zu einer verbesserten Wirksamkeit staatlichen Handelns gehört auch eine Beschleunigung der Rechtssprechung.

## 6.

**Wir nehmen unsere Verantwortung für die Schöpfung und damit unsere Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen ernst. Umwelt und Naturschutz müssen überall in Deutschland hohen Rang haben, die weltweite Dimension dieser Herausforderung erfordert politisches Handeln in globalem Maßstab.**

Die Erhaltung von Umwelt und Natur ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben für unser Land und seine Menschen - was bisher schon für die Bundesrepublik Deutschland galt, gilt nun, angesichts der katastrophalen Umweltzerstörung, die sozialistische Mißwirtschaft in 40 Jahren angerichtet hat, in ganz besonderer Weise für ganz Deutschland. Die CSU stellt mit ihrer Umweltpolitik den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in den Dienst von Mensch und Schöpfung -

durch Leistungen in Bayern und durch Anstöße in Bonn haben wir unsere umweltpolitische Verantwortungs- und Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Grundlage unserer Politik für mehr Umweltschutz für ganz Deutschland ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft. Wir werden ihre vielfältige Innovationskraft noch stärker in den Dienst der Umwelt stellen. Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur das leistungsfähigste Modell einer Wirtschaftsordnung, sondern auch das leistungsfähigste Modell für Umweltschutz. Der jahrzehntelang in der DDR auf Kosten der Schöpfung betriebene Sozialismus ist nur ein Beweis dafür. Sozialistische Rezepte haben in der Vergangenheit die Umwelt zerstört und damit jede Glaubwürdigkeit für die Zukunft verspielt.

Wir treten für eine Umweltpolitik ein, in der die Belastung der Umwelt und der Verbrauch an Rohstoffen von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt wird. Wir setzen auf integrierten Umweltschutz. Das heißt: Wir wollen immer mehr Techniken und Produktionsverfahren einsetzen, die die Entstehung von Umweltbelastungen schon in der Produktion selbst weitgehend vermeiden. Nicht dumpfe Technikfeindlichkeit, der verantwortungsbewußte Umgang mit den Möglichkeiten der Technik dient bestmöglichem Umweltschutz.

Wir wissen um die Größe der umweltpolitischen Herausforderungen, übersehen dabei aber auch nicht erreichte Erfolge. So wurden seit 1982 die Schwefeldioxid- und Stickstoffoxidemissionen aus Kraftwerken um rund 85 Prozent und Fluorchlorkohlenwasserstoffe in Spraydosen um mehr als 90 Prozent verringert, verbleites Benzin wurde weitgehend verdrängt und dem schadstoffarmen Automobil mit dem Mittel des geregelten Drei-Wege-Katalysators zum Durchbruch verholfen. Die CSU war an diesen Erfolgen, insbesondere in der Person des damaligen Bundesinnenministers Friedrich Zimmermann, maßgeblich beteiligt. Daß auch in den anderen Ländern Europas das Bewußtsein für die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Umweltschutzes wächst, ist ständigen deutschen Bemühungen zuzuschreiben.

Politik für die Umwelt bedeutet Politik für die Heimat. Wir werden im Umweltschutz auf bewährten Wegen fortschreiten und neue Wege öffnen. Der Umweltschutz muß als Staatsziel im Grundgesetz verankert werden, um eindeutig zu dokumentieren, daß die Sorge für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen eine Staatsaufgabe ersten Ranges ist. Ein eigenständiges Gesetz zur Umwelthaftung ist ebenso notwendig wie ein schlagkräftiges Umweltstrafrecht.

Leitgedanke dabei muß sein, daß sich Umweltverschmutzung nicht lohnen darf. Zum Schutz des Klimas treten wir für eine internationale Klimakonvention ein, die von allen Unterzeichnern verbindlich einzuhalten ist. Umweltprobleme kennen keine Grenzen, auch der Umweltschutz ist eine weltumspannende Aufgabe. Der Schutz des Tropenwaldes ist deshalb auch ein europäisches und ein deutsches Problem.

Schwerpunkte unserer Umweltschutzpolitik werden in den kommenden Jahren sein:

- \* Im Gewässerschutz ist es unser vordringliches Ziel, das Wasser als unser Lebensmittel Nr. 1 in Trinkwasserqualität zu erhalten.
- \* Zur Reinhaltung der Luft werden wir die von uns durchgesetzte Politik schadstoffarmer Kraftfahrzeuge konsequent und auch auf europäischer Ebene fortsetzen.
- \* Abfälle müssen vermieden, unvermeidbare Abfälle wiederverwertet und, wo dies nicht möglich ist, umweltschonend entsorgt werden. Für die unvermeidbaren und nicht wiederverwertbaren Abfälle sind nach wie vor Deponierung und Verbrennung unumgänglich. Das neue bayerische Abfallwirtschaftsgesetz, das als das modernste und dem Gedanken der Vermeidung und Verwertung des Abfalls am konsequentesten verfolgende Regelwerk in Deutschland gilt, hat über die bayerischen Grenzen hinaus für ganz Deutschland Vorbildcharakter.
- \* Die internationale Alpenkonferenz werden wir fortführen und mit den Nachbarstaaten und der Europäischen Gemeinschaft wirksame Maßnahmen zum Schutze der Alpen als eines herausragenden Ökosystems durchsetzen.
- \* Unsere ökologisch verantwortbare Energiepolitik wird von den Grundsätzen der Energieeinsparung, des rationellen Einsatzes, der Verringerung der Schadstoffbelastung bei der Verwendung fossiler Energieträger, der Anwendung höchstmöglicher Sicherheitsstandards bei Kernkraftwerken und der Erforschung, Erprobung und des Einsatzes erneuerbarer Energien gekennzeichnet sein. Aus unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen heraus muß alles getan werden, einen zunehmenden Treibhauseffekt zu vermeiden - schon deshalb gehört die friedliche Nutzung der Kernenergie auf höchstem Sicherheitsstandard noch auf geraume Zeit zu einer umweltverträglichen Energiepolitik.

Sozialistische Pläne, umweltpolitische Ziele mit massiven Steuer- und Abgabenerhöhungen zu erreichen, lehnen wir wegen ihrer verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen gerade zu Lasten der kleinen Leute ab. Wir werden auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft durch den weiteren Ausbau von positiven und negativen finanziellen Anreizen den Umweltschutz entscheidend voranbringen. Wichtige Stichworte sind hier ein wachstums- und innovationsfreundliches Steuerrecht auf der Grundlage der Ressourcenschonung und des Umweltschutzes, die steuerliche Förderung des integrierten Umweltschutzes und erneuerbarer Energieträger sowie die Umstellung der Kraftfahrzeugsteuer nach dem Ausmaß des Schadstoffausstoßes. Wir werden dafür sorgen, daß weiter gilt, was bisher gegolten hat: Bayern war das umweltpolitische Pionierland der Bundesrepublik, die Bundesrepublik war europäisches Vorbild - künftig soll und wird das geeinte Deutschland in Europa Vorreiter beim Umweltschutz sein.

## 7.

**Wir wollen ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, in dem die Verpflichtung der Gemeinschaft und die Verantwortung des einzelnen sich sinnvoll und vernünftig ergänzen.**

Gesundheit ist eine Voraussetzung für die volle Entfaltung des Menschen, ist Grundlage persönlichen Glücks. Deshalb ist Gesundheitspolitik ein wesentlicher Teil unserer freiheitlichen Gesellschaftspolitik. Dabei ist die Ausgewogenheit von Solidarität und Eigenverantwortung unser Prinzip. Leitbild ist für uns auch hier der freie und selbstverantwortliche, nicht der von einer staatlichen Gesundheitsbürokratie entmündigte Bürger. In der verpflichtenden Linie dieser Ausrichtung stand und steht das Gesundheitsreformgesetz. Daß eine Reform unumgänglich war, hat niemand bestritten, daß die Reform auch ein Erfolg war, ist inzwischen unbestreitbar! Mit diesem Vorhaben, das unabweisbar war, wenn unser Gesundheitswesen nicht zum Schaden aller bankrott gehen sollte, ist es gelungen,

- Stabilität oder gar Senkung der Beiträge zu erreichen,
- durch das Festbetragsystem einen zukunftsweisenden Weg der Arzneimittelversorgung zu gehen, der Gesichtspunkte der Qualität und der Wirtschaftlichkeit zugunsten der Versicherten ausgewogen zum Tragen bringt,
- neue Schwerpunkte im Bereich der ambulanten Pflege und der Vorsorge zu setzen.

Wir haben dafür gesorgt, daß die Krankenkassen

- bereits seit 1989 die Kosten für eine Ersatzpflegekraft im häuslichen Bereich bis zu vier Wochen und 1.800,-- DM pro Jahr übernehmen,
- ab 1. Januar 1991 Pflegegeld in Höhe von 400,-- DM monatlich oder wahlweise 25 Pflegeeinsätze im Monat gewähren,
- die häusliche Behandlungspflege als Pflichtleistung anerkennen,
- deutlich verbesserte Früherkennungs- und Vorsorgeleistungen übernehmen.

Die Einsicht, daß Vorbeugen besser ist als Heilen, erhält endlich den ihr zukommenden Stellenwert. Wir wollen, auch mit Blick auf das geeinte Deutschland, den Weg der sozialen Reformen auch in der Gesundheitspolitik konsequent fortsetzen. Das Behindertenrecht werden wir weiterentwickeln, dabei wird die Rehabilitation ein Schwerpunkt sein.

Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Situation im Pflegebereich. Der Absicherung des Pflegekostenrisikos werden wir höchste Priorität einräumen. Wir wollen die Absicherung der Menschen gegen dieses Risiko im Rahmen der haushalts- und finanzpolitischen Möglichkeiten so bald als möglich lösen, damit nach den Verbesserungen im Bereich der häuslichen auch für die stationäre Pflege eine überzeugende Antwort gegeben wird. Als Lösung streben wir eine Versicherungsregelung an.

Wir wollen die Politik der Sozialreformen so bald als möglich mit einer Organisationsreform in der gesetzlichen Krankenversicherung zum Abschluß bringen. Die unterschiedlichen Risikostrukturen bewirken in der gesetzlichen Krankenversicherung Beitragssatzunterschiede, die aus Gründen der Gleichberechtigung der Versicherten zum Handeln zwingen. Diese Kassenstrukturreform darf jedoch keinesfalls zu einer staatlichen Einheitsversicherung führen. Die CSU hält grundsätzlich am gegliederten Kassensystem fest und wird es den veränderten Verhältnissen auch im Hinblick auf ganz Deutschland anpassen. Die Sanierung und der Neuaufbau des Gesundheitswesens in den neuen Bundesländern muß sich an den bewährten Strukturen der Bundesrepublik orientieren. Sozialistische Experimente wären auch hier der falsche Weg.

## 8.

Wir werden unsere Politik für Familien und Kinder konsequent fortsetzen und unbeirrt für den Schutz des ungeborenen Lebens eintreten - die CSU war, ist und bleibt das soziale Gewissen der Bonner Koalition. Den Frauen werden wir neue Chancen schaffen und die Möglichkeiten einer Lebensgestaltung in eigener Wahlfreiheit erweitern.

Ehe und Familie sind, besonders wegen ihrer unersetzbaren Erziehungsfunktion für die Kinder, die wichtigsten Lebensgemeinschaften in Gesellschaft und Staat. Nur die Ehe ist die sichere Grundlage der Familie. Wir lehnen daher die Gleichstellung der nichtehelichen bzw. der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften mit der Ehe ab. Die Familie, auch die Teilfamilie, hat ein Recht auf ausgleichende Existenzsicherung. Die Solidargemeinschaft, die wesentlich von den gesellschaftstragenden Funktionen der Familie lebt, muß bereit sein, ihre Leistungen anzuerkennen und finanziell zu unterstützen.

Als Anwalt der Familie hat die CSU deshalb dafür gesorgt, daß

- der steuerliche Kinderfreibetrag schrittweise von 432,- DM je Kind auf 3.024,- DM ab 1990 heraufgesetzt wurde,
- für Alleinerziehende zusätzlich die steuerliche Berücksichtigung von Betreuungskosten eingeführt und der Haushaltsfreibetrag erhöht wurde,
- das Kindergeld für das zweite Kind auf 130,- DM angehoben wurde,
- das Erziehungsgeld von monatlich 600,- DM ab 1986 eingeführt und schrittweise auf die Dauer von jetzt 18 Monaten ausgebaut wurde - dabei wurde das Erziehungsgeld durch den Erziehungsurlaub flankiert - ,
- in der gesetzlichen Rentenversicherung die Anerkennung eines Erziehungsjahres für Mütter und Väter durchgesetzt und mit der Rentenreform die Ausweitung der Erziehungszeit auf insgesamt drei Jahre ab 1992 beschlossen wurde,
- durch die Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts der Rahmen für einen weiteren bedarfsgerechten Ausbau von Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen geschaffen wurde.

An dieser bewährten Förderung der Familie mit Kindern halten wir fest. Wir wollen daher die Entlastung der Familie mit Kindern durch die weitere Erhöhung des Kinderfreibetrages ausbauen, das Kindergeld auch für das erste Kind weiter



anheben sowie das Erziehungsgeld und den Erziehungsurlaub auf insgesamt drei Jahre ausdehnen.

Die CSU ist eine Partei, die nicht nach der Bequemlichkeit, sondern nach der Richtigkeit eines Weges fragt. Deshalb halten wir am Auftrag des Grundgesetzes, das ungeborene Leben zu schützen, uneingeschränkt fest. Eine Übernahme der in der ehemaligen DDR unter dem Stalinismus eingeführten sogenannten Fristenlösung für den Schwangerschaftsabbruch kommt für uns aus christlichem Selbstverständnis und aufgrund des im Grundgesetz als unantastbar angelegten Schutzes des werdenden Lebens nicht in Frage. Die Fristenlösung ist unvereinbar mit der staatlichen Verpflichtung, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Auch die bisher in der Bundesrepublik geltende Indikationslösung erfüllt, so wie sie in bestimmten Bundesländern praktiziert wird, diese Aufgabe nicht. Deshalb unterstützt die CSU die von der Bayerischen Staatsregierung beim Bundesverfassungsgericht erhobene Klage gegen den Mißbrauch der Indikationslösung und die Bestimmungen über die Finanzierung rechtswidriger Schwangerschaftsabbrüche durch die gesetzliche Krankenversicherung. Die CSU wird nicht zulassen, daß die Fristenlösung, einst von SPD und FDP beschlossen und vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt, auf dem Umweg über die ehemalige DDR und als angebliche "sozialistische Errungenschaft" wieder auftaucht.

Die Wertordnung des Grundgesetzes muß im vereinten Deutschland unverändert fortgelten. Die Schwangerenberatung muß eine Beratung zum Leben sein; wir werden dafür sorgen, daß diese Beratung durch konkrete Hilfsangebote verbessert und die Förderung von alleinstehenden Müttern weiter verstärkt wird. Die Frage der Wohnungsversorgung spielt bei der Gründung einer Familie, bei der Entscheidung für Kinder sowie für die Bereitschaft, pflegebedürftige Angehörige in die Familie aufzunehmen, eine entscheidende Rolle. Wir werden daher Initiativen für eine familienorientierte Wohnungsbaupolitik ergreifen. Frauenpolitik bedeutet Gleichberechtigungspolitik, also eine auf die Interessen von Frauen abgestimmte Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Familienpolitik.

Frauenpolitik ist ein tragendes Element einer zukunftsorientierten Gesellschaftspolitik, in dem sie für beide Geschlechter neue Wege in Familie und Erwerbsleben eröffnet, Arbeit neu bewertet und organisiert.

Die CSU lehnt staatliche und ideologische Rollenfestlegungen für Frauen wie für Männer entschieden ab. Leitlinie unserer Politik ist die Ermöglichung realer Wahlfreiheit. Frauen und Männer müssen sich frei für Familie, Erwerbsleben und/oder unterschiedliche Kombinationen von Familien- und Erwerbsarbeit entscheiden können. Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit zu schaffen, und zwar im Interesse von Frauen, Männern und Kindern. Die CSU tritt für die Fortsetzung und Erweiterung der bisherigen frauenpolitischen Initiativen und Maßnahmen ein:

- \* Das Berufsspektrum für Frauen muß durch spezifische Bildungsangebote für Mädchen im naturwissenschaftlich-technischen Unterricht und durch Förderung von Frauen in gewerblich-technischen Berufen verbreitert werden.
- \* Traditionelle Frauenberufe müssen aufgewertet werden; bei der Entlohnung sollte auch der soziale Wert der Arbeit berücksichtigt werden.
- \* Trotz qualifizierter Berufsausbildung ist der Einstieg ins und der Aufstieg im Erwerbsleben für Frauen mit vielen Hürden verbunden; durch das von den Unionsparteien eingebrachte Gesetz zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz soll diesem diskriminierenden Mißstand entgegengewirkt werden.
- \* Gleiche Aufstiegschancen für Frauen und Männer in der Wirtschaft lassen sich nicht durch starre staatliche Vorgaben erzwingen; die CSU tritt deshalb für branchen-, bereichs- und betriebsbezogene Konzepte umfassender Frauenförderung ein, wobei Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen eine wichtige Rolle zukommt, die Belastungen für mittlere und kleine Betriebe aber in den Grenzen des Tragbaren gehalten werden müssen.

Mit unserer Politik haben wir die Entscheidung für Familie und Kinder wesentlich erleichtert. Schon die hohe Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs belegt die Richtigkeit der Politik der CSU. Wer längere Zeit aus familiären Gründen aus dem Erwerbsleben ausscheiden möchte, dem muß durch qualifizierende Rückkehrhilfen die Chance zur erneuten Erwerbstätigkeit eröffnet werden. Vereinbarkeit von Familie und Beruf heißt auch familienfreundliche Gestaltung des Erwerbslebens. Die CSU fordert öffentliche und private Arbeitgeber auf, die Arbeitszeit flexibler zu gestalten, qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze anzubieten sowie betriebliche Kinderbetreuung zu ermöglichen.

## 9.

Wir werden der jungen Generation die Voraussetzungen schaffen und sie weiter verbessern, um sich in einer Zeit geschichtlicher Wende in Deutschland und Europa in freier und verantwortlicher Lebensgestaltung eine gesicherte Zukunft bauen zu können.

Die Angehörigen der jungen Generation von heute sind die Träger der Verantwortung von morgen. Die Jugend ist deshalb aufgefordert, an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft aktiv mitzuarbeiten. Die CSU will das Engagement der jungen Menschen in den vielfältigsten Bereichen unserer Gesellschaft und unseres Staates. Wir sind bereit, der Jugend echte Verantwortung zu übertragen.

Wenn sich heute in ganz Deutschland und in Europa die Freiheit durchsetzt, die Menschenrechte verwirklicht werden und der Friede auf Dauer gesichert ist, wird dadurch der Jugend ein Horizont der Hoffnung und der Erwartung, der Zuversicht und der Zukunft eröffnet, wie ihn noch keine Generation davor vor sich hatte. Wir fordern die junge Generation auf, die mit diesen Perspektiven verbundenen Chancen zu ergreifen. Die friedliche Revolution in Deutschland mit der Wiedererlangung der nationalen Einheit als Ergebnis und der freiheitliche Aufbruch in den Ländern des ehemaligen Ostblocks weisen unserem Kontinent den Weg in eine Periode des Friedens und der Freiheit. Der demokratische und wirtschaftliche Aufbau in den neuen deutschen Ländern wie in den neuen osteuropäischen Demokratien ist die beste Investition in unsere eigene freiheitliche Zukunft. Hier stellt sich der jungen Generation eine faszinierende Aufgabe. Jetzt kann sie ihre Maßstäbe für soziale Gerechtigkeit und für eine zukunftsorientierte Umweltpolitik in die Tat umsetzen. In den der Demokratie und der Freiheit neu gewonnenen Ländern geht es nicht mehr darum, das Bestehende zu verwalten, jetzt ist die Zeit des Gestaltens. Mutiges Anpacken, nicht kleinliche Verzagtheit ist gefragt.

Die Zukunftsperspektiven für die junge Generation haben sich schon seit Jahren immer mehr verbessert. Die Prediger des Ausstiegs sind verstummt, ihre Gemeinde hat sich verlaufen. Eine verantwortungsbewußte Jugend weiß, daß es heute im eigenen Interesse wie im Interesse des Ganzen darum geht, einzusteigen und mitzuarbeiten. Ein leistungsfähiges und modernes Bildungswesen - das jetzt, nach der Beseitigung sozialistischer Restbestände, in ganz Deutschland aufgebaut werden

muß - schafft die Grundlagen, von denen aus die junge Generation die eigene Lebensgestaltung angehen kann. Das gegliederte, aber durchlässige Schulsystem entspricht am ehesten der Vielfalt der Begabungen und bietet Kindern und Jugendlichen die meisten Chancen. Sozialistische Gleichmacherei, wie sie beispielsweise von eifernden Gesamtschulideologen verfolgt wird, entspricht weder menschlicher Individualität noch jungendlichem Entfaltungsdrang.

Mit unserer soliden Finanzpolitik, mit unserer attraktiven Wirtschaftspolitik sowie mit unserer konsequenten Familienpolitik treiben wir insgesamt Politik für die Zukunft der jungen Generation. Wo die CSU wie in Bayern Verantwortung trägt, haben junge Menschen beste Ausbildungs- und Berufschancen. Bayerische Erfahrungen und Erfolge bringen wir auch hier in die Wahrnehmung unserer gesamtdeutschen Verantwortung ein. Das Lehrstellenangebot ist so groß wie kaum je zuvor. Junge Familien können mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Wer für die Jugend eintritt, muß beim Kampf gegen Drogen und Alkoholmißbrauch an vorderster Stelle stehen - die CSU handelt nach diesem Gebot.

Gerade jetzt, wenn sich unser Volk daran macht, nach wiedergefundener Einheit ein neues Deutschland zu bauen, brauchen wir eine Jugend, die kreativ und mutig ist, die unseren Staat und unsere Gesellschaft als Chance begreift, die zu ergreifen sich lohnt. Die CSU ist die große Volkspartei in Bayern, in der alle Gruppen und Schichten der Bevölkerung ihre Heimat haben. Der Jugend kommt dabei ein besonderer Platz zu. Deshalb fordern wir sie auf, mit uns von festem bayerischen Fundament aus dem geeinten Deutschland und dem sich einigenden Europa eine gute Zukunft zu bauen.

## 10.

Wir sorgen für unsere älteren Mitbürger für ein Leben in wirtschaftlicher Sicherheit, in menschlicher Würde und persönlicher Wertschätzung. Wir werden dafür eintreten, daß die Lebenserfahrung, die Fähigkeiten und der Rat der älteren Generation im persönlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenleben wieder mehr gefragt und gehört werden.

Grundsatz unserer Politik für unsere älteren Mitbürger ist es, daß sie nach einer arbeitsreichen und verantwortungsvollen Lebensleistung ihren festen und sicheren Platz inmitten von Staat und Gesellschaft haben und nicht an den Rand gedrängt werden. Unser Gemeinwesen lebt vom Miteinander aller Generationen und ist deshalb in besonderer Weise auf den Rat, die Erfahrung und die Mitwirkung der älteren Generation angewiesen. Eine Politik aus christlicher Verantwortung ist in ganz besonderer Weise gefordert, unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein Leben in Würde, Wertschätzung und Erfüllung zu gewährleisten.

Ziel unserer Altenpolitik ist es, den Menschen so lange als möglich eine selbständige und eigenverantwortliche Lebensführung zu eröffnen. Politik für die ältere Generation muß deshalb zu allererst Hilfe zur Selbsthilfe sein. Dabei kommt nach wie vor der Familie eine Aufgabe zu, die durch keine noch so perfekte staatliche Einrichtung und Unterstützung in menschlich gleichwertiger Weise ersetzt werden kann.

Durch die Rentenreform haben wir die Altersversorgung für die Zukunft gesichert. Trotz der mit der Bevölkerungsentwicklung verbundenen Veränderungen unserer Gesellschaft werden auf der einen Seite die Beitragszahler nicht unerträglich belastet, während auf der anderen Seite Sicherheit und Zuwachs der Renten garantiert bleiben. Schon jetzt hat sich durch unsere solide Rentenpolitik die Lage der Rentenkassen wesentlich verbessert.

Die Freundschaft der Generationen muß auch im neuen und geeinten Deutschland zum Tragen kommen. Wir haben im Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion dafür gesorgt, daß auch die Rentner in den neuen Bundesländern an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung teilhaben.

Mit dem Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige haben wir eine individuelle Betreuung insbesondere älterer Menschen nach ihren eigenen Wünschen ermöglicht. Durch dieses Betreuungsgesetz sind zugleich entwürdigende Diskriminierungen des bisher geltenden Rechts entfallen. Durch eine Verbesserung des Heimgesetzes haben wir einen wichtigen Schritt getan, die rechtliche Stellung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in Heimen leben, entscheidend zu verbessern.

Durch die Gesundheitsreform haben wir die Situation der häuslichen Pflege, die in ganz besonderer Weise Angehörige der älteren Generation betrifft, deutlich verbessert. Wir werden die offene Altenhilfe weiter ausbauen und dabei nach dem Grundsatz "So viel ambulant wie möglich und so viel stationär wie nötig" handeln.

Ein Schwerpunkt unserer zeitgemäßen Altenpolitik ist es, die Situation im Bereich der stationären Unterbringung und Pflege zu verbessern. Insbesondere duldet hier der oftmals alarmierende Zustand in den Alten- und Pflegeheimen in den neuen Bundesländern keinerlei Aufschub.

Die Absicherung des Pflegefallrisikos liegt der CSU besonders am Herzen. Es ist nicht hinzunehmen, daß Pflegebedürftigkeit im Alter zur Verarmung der Betroffenen, zu unerträglichen Belastungen ihrer Familien und zu einem Leben in Angst und Sorge führt. Wir werden diese Frage anpacken und durch die Schaffung einer eigenen Pflegefallversicherung endgültig lösen.

## 11.

Wir werden für mehr Wohnungen in Stadt und Land sorgen; dabei geht es um bezahlbare und familiengerechte Wohnungen für alle Bürger. Wir werden wirtschaftliche Notwendigkeiten und soziale Verpflichtungen der Wohnungspolitik in Einklang bringen. Nach wie vor gilt, daß Wohnungsbau der beste Mieterschutz ist. Wir werden der Bildung von Wohneigentum unser besonderes Augenmerk widmen und soziale Absicherung des Wohnens weiter verbessern.

Wir wollen, daß alle Bürgerinnen und Bürger in angemessenen Wohnungen zu tragbaren Kosten leben können. Wohnen und Heimat gehören zusammen - deshalb ist die Sorge um bezahlbare und familiengerechte Wohnungen ein Herzstück unserer Politik.

Die hohe Zahl der Aus- und Übersiedler, immer mehr Ein-Personen-Haushalte und ständig höhere Wohnansprüche aufgrund kräftig gestiegener Realeinkommen haben den Wohnungsmarkt überfordert. Der Wohnungsneubau hielt mit der rasch steigenden Nachfrage nicht Schritt. Gerade weil neue Wohnungen nicht über Nacht gebaut werden können, hat diese wichtige Aufgabe für die CSU Vorrang.

Wir haben frühzeitig auf die veränderte Lage auf dem Wohnungsmarkt reagiert und schon im Herbst 1989 eine Milliarden-Offensive für den Wohnungsbau gestartet. Der Gesamtumfang staatlicher Hilfen beträgt jetzt 25 Milliarden Mark pro Jahr. Steuererleichterungen für den Neu-, Aus- und Umbau von Mietwohnungen, eine mehrfache Erhöhung der Mittel für den Sozialwohnungsbau, ein Kreditprogramm für den Bau zusätzlicher Mietwohnungen im Gebäudebestand, ein Wohnungsbauprogramm für Studenten, Bausparhilfen für den Eigenheimbau sowie zahlreiche bau- und planungsrechtliche Erleichterungen sind die Bausteine dieses breiten und wirksamen Programms für mehr Wohnungen.

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen - überall im Lande wird gebaut, in der Bauwirtschaft herrscht Hochkonjunktur. Die Baugenehmigungen verzeichnen mit 50 % im ersten Halbjahr 1990 einen Rekordzuwachs. Bei dem für die Mieter besonders wichtigen Mehrfamilienhausbau sind die Baugenehmigungen sogar um fast 90 % gestiegen. Mindestens 300.000 neue Wohnungen werden in diesem Jahr entstehen, rund eine Million werden es bis Ende 1992 sein.

Wir haben den Mieterschutz weiter verbessert, zum Beispiel durch die Verlängerung der Kündigungssperrfrist bei Umwandlungen. Zur Begrenzung des Mietanstiegs in den Ballungsräumen setzen wir auf eine zeitlich und regional befristete Herabsetzung der Steigerungsrate für Mieten von 30 auf 15 Prozent in drei Jahren, eine Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete auf der Basis der letzten zehn Jahre sowie auf eine Verschärfung des Mietwucherparagrafen. Bisher sind unsere Pläne hier am Widerstand der FDP gescheitert. Wir werden weiterhin auf diese Maßnahmen drängen, um den Wohnungsmarkt wieder funktionsfähig zu machen. Wir werden dadurch den Mietern helfen, ohne Vermieter und Investoren abzuschrecken.

Zu unserer Politik für die Mieter gehört auch, daß wir die Wohngeldleistungen um ein Drittel auf fünf Milliarden Mark ausgeweitet haben.

Der beste Mieterschutz ist der Bau zusätzlicher Wohnungen. Wir werden alles tun, um den beim Wohnungsneubau eingeleiteten Aufwärtstrend zu verstärken. Wir werden den freifinanzierten Wohnungsbau weiter voranbringen, Wohnungsreserven noch stärker mobilisieren und die Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau fortsetzen.

Im Rahmen einer Wohnungspolitik für ganz Deutschland werden wir dafür Sorge tragen, daß die Wohnsituation in den neuen Bundesländern grundlegend verbessert wird. Es gilt, auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft die Voraussetzungen für private Investitionen und den Aufbau einer leistungsfähigen Bau- und Wohnungswirtschaft zu schaffen. Ziel muß es sein, auch in der Wohnungspolitik die Grundlagen für das Zusammenwachsen Deutschlands zu schaffen.

## 12.

**Wir werden in unserem Einsatz für die bäuerliche Landwirtschaft nicht nachlassen. Der ländliche Raum insgesamt kann nur Zukunft haben, wenn auch unsere Bauern Zukunft haben.**

Ein funktionsfähiger ländlicher Raum ist für die Zukunft unseres Landes unerlässlich. Seine Entwicklung voranzutreiben und ihn als Heimat zu erhalten und zu gestalten, ist eine große und verantwortungsvolle Zukunftsaufgabe. Wir werden die



Wirtschaftskräfte des ländlichen Raumes aktivieren, um den Menschen Arbeit und Einkommen zu sichern.

Die beispielhafte Aufwärtsentwicklung des Flächenstaates Bayern markiert das Modell, an dem sich eine Politik für den ländlichen Raum in ganz Deutschland orientieren kann. Wir werden das Selbstbewußtsein der Menschen in diesen Räumen weiter stärken, regionale Möglichkeiten und Chance ausprägen, die Selbstverantwortung der Menschen, der Kommunalpolitik und der Wirtschaft im ländlichen Raum zur Bewältigung dieser wichtigen Gemeinschaftsaufgabe heranziehen.

Schwerpunkte unserer Politik sind

- die Erhaltung und Schaffung von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen in Wohnortnähe,
- zielorientierte Beratung zur Vorbereitung auf den Europäischen Binnenmarkt,
- die Aufrechterhaltung und der Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur,
- die Bewahrung und Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen,
- der Schutz und die Pflege von Natur und Landschaft, einschließlich der Erhaltung der Kulturlandschaft.

Die bäuerliche Landwirtschaft und ihre Familienbetriebe im Haupt-, Zu- und Nebenerwerb haben über Jahrhunderte den ländlichen Raum, seine Sozialstruktur, seine Kultur und seine Landschaft geprägt. Leistungsfähige bäuerliche Familienbetriebe dienen bereits heute nicht nur der Nahrungsmittelerzeugung, sie sind schlechthin für die ökonomische und ökologische Stabilität des ländlichen Raumes unentbehrlich. Eine zukunftsorientierte Agrarpolitik muß daher ein Miteinander von Voll-erwerbs-, Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbetrieben sichern.

Die CSU tritt für eine Agrarpolitik ein, die das bäuerliche Eigentum sichert, die Höfe wirtschaftlich unabhängig, leistungs- und konkurrenzfähig erhält. Unsere Agrarpolitik steht für ein angemessenes Einkommen unserer Bauern.

Eine zukunftsorientierte Agrarpolitik muß

- Produktionsüberschüsse durch eine verbrauchsorientierte Erzeugung weiter abbauen und die Brüsseler Politik des ständigen Preisdrucks beenden,
- Ausgleichszahlungen für landschaftspflegerische Leistungen verbessern,
- nachwachsende Rohstoffe fördern und für unsere Landwirtschaft weitere Einkommensquellen erschließen,

- unerwünschte Konzentrationen verhindern und Massentierhaltungen EG-weit begrenzen,
- das soziale Sicherungssystem für die in der Landwirtschaft Beschäftigten und ihre Familien ausbauen und
- einen größeren nationalen Spielraum in der Agrarstrukturpolitik schaffen, um regionalen Besonderheiten besser Rechnung tragen zu können.

Ziel unserer Politik ist es gerade angesichts des unvermeidbaren Strukturwandels in der Landwirtschaft, daß die ländlichen Räume auch in der Zukunft lebensfähig bleiben. Wir werden dafür sorgen, daß die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Chancen des ländlichen Raums erhalten und weiterentwickelt werden.

40 Jahre sozialistischer Planwirtschaft haben auch in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum der ehemaligen DDR zu einer katastrophalen Hinterlassenschaft geführt. Wir werden dafür eintreten, daß die gigantischen "industriellen Agrokomplexe" so schnell wie möglich entflochten, Pflanzen- und Tierproduktion wieder zusammengeführt, die maßlose Massentierhaltung stufenweise abgebaut, einzelbäuerliche Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb neu gegründet und das freie Verfügungsrecht über Grund und Boden wiederhergestellt wird.

Die Prinzipien einer gesamtdeutschen Agrarpolitik müssen Selbständigkeit, Eigentum und Eigenverantwortlichkeit des landwirtschaftlichen Unternehmers sein. Die Verwirklichung dieser Grundsätze schafft das Fundament einer leistungsfähigen, bäuerlich strukturierten Landwirtschaft. Die CSU ist nicht bereit, die gescheiterten Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften (LPG) zu stärken und diese überholten, weder ökonomisch noch ökologisch sinnvollen Strukturen künstlich am Leben zu halten. Dafür darf kein Geld verschwendet werden.

Unsere Bauern und ihre Familien stehen wie kaum sonst ein Berufsstand und eine Bevölkerungsgruppe vor großen Herausforderungen. Die CSU steht an ihrer Seite.

### 13.

**Wir werden die Infrastrukturen schaffen, die notwendig sind, damit das neue und geeinte Deutschland zusammenwachsen und im europäischen Wettbewerb bestehen kann. Eine moderne Verkehrspolitik hat dabei höchsten Stellenwert.**

Ein moderner Industriestaat wie Deutschland benötigt leistungsfähige Infrastrukturen und Verkehrssysteme. Ein ständig steigendes Verkehrsaufkommen sowie der wirtschaftliche Aufbau der neuen Bundesländer erfordert insbesondere eine zukunftsorientierte und umfassende Verkehrspolitik.

Unsere Ziele sind hier

- gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen im ganzen Land,
- die Gewährleistung der Mobilität der Bürger,
- die Aufrechterhaltung und Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft,
- die Anpassung von Infrastruktur und Verkehrsbedienung an den wachsenden Verkehrsbedarf und
- eine wesentliche Verringerung der Belastungen für Natur und Umwelt.

Die Verwirklichung dieser Ziele setzt ein gut ausgebautes Straßennetz, eine moderne Bahn und ein attraktives Grundnetz an öffentlichen Nahverkehrsverbindungen im ganzen Land voraus.

Die Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands, die Öffnung der Grenzen zu den osteuropäischen Nachbarn und die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes stellen die Verkehrspolitik vor größte Herausforderungen. Die CSU, durch bayerische Erfolge und durch die Leistungen ihrer Bundesverkehrsminister als kompetent ausgewiesen, nimmt diese Herausforderung einer umweltgerechten, sicheren und wirtschaftlichen Bewältigung rapide wachsenden Verkehrsaufkommens in Deutschland und Europa an. Die notwendige Infrastruktur muß unter Berücksichtigung des rasch zunehmenden Ost-West-Verkehrs auf der Grundlage eines neuen Gesamtverkehrswegebegriffs ausgebaut und ergänzt werden. Die CSU ist dazu bereit, bei der Finanzierung dieser gewaltigen Aufgabe auch neue Wege, insbesondere auf privater Basis, zu gehen.

Die Entlastung und Schonung der Umwelt muß bei der Bewältigung verkehrspolitischer Aufgaben Vorrang haben. Deshalb steht die Verwirklichung folgender Maßnahmen im Vordergrund:

- Investitionen im umweltfreundlichen Schienenverkehr, um die Wettbewerbsfähigkeit der Eisenbahn gegenüber dem Straßen- und Luftverkehr deutlich zu steigern,
- Ausbau des Straßennetzes mit Schwerpunkten bei Lückenschlüssen, Ortsumgehungen und Erweiterungen durch zusätzliche Fahrspuren unter Beachtung höchster Umweltstandards,
- Anwendung modernster Informationstechnik zur optimalen Nutzung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur.

Wir wollen auch die umweltfreundliche Binnenschifffahrt stärken, weshalb die Bundeswasserstraßen weiter auszubauen sind. Die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals als einer zentralen europäischen Schifffahrtsverbindung gewinnt mit dem wachsenden West-Ost-Verkehr zusätzlich an Bedeutung. Das unbeirrte Eintreten der CSU für den Bau dieser Wasserstraße wird in seiner Richtigkeit noch einmal bestätigt.

Beim Ausbau des Luftverkehrs werden wir auf die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Begrenzung der Lärm- und Abgasemissionen drängen. An die Stelle von Kurzstreckenflügen müssen verstärkt attraktive Fernschnellzugverbindungen treten. Der Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs gebührt Vorrang.

Insgesamt setzt die CSU beim Ausbau eines modernen und zukunftsorientierten Verkehrssystems auf eine verstärkte Zusammenarbeit und Vernetzung von Straßen-, Luft-, Wasser- und Schienenverkehr. Dabei soll sowohl die Qualität der einzelnen Verkehrsträger wie ihr Zusammenwirken in einem leistungsfähigen Verbund verbessert werden.

Das Zusammenwachsen Europas verlangt einen leistungsfähigen Verkehr über die Alpen, der die vorhandenen Umweltbelastungen deutlich verringern muß. Dieses Ziel ist unter anderem durch den raschen Ausbau der Eisenbahnstrecken auf der Brenner-Route und in der Schweiz zu gewährleisten. Bis zur Fertigstellung dieser Baumaßnahmen sind die vorhandenen Bahnkapazitäten voll auszuschöpfen.

Wir wollen vernünftige Lösungen der europäischen Verkehrsprobleme, in fairer Partnerschaft, aber auch unter Wahrung unserer Interessen. Eine schrittweise Liberalisierung bei gleichzeitiger Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen in Europa bleibt unser Ziel. Wir treten auf europäischer Ebene mit Nachdruck ein für Maßnahmen zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs, zur Abgasentgiftung und zur Lärmverringern im Verkehr, insbesondere im LKW-Verkehr. Die moderne Umwelttechnik muß eine Herausforderung für die gesamte Automobilindustrie sein. Eine frühe Anwendung leistungsfähiger Umwelttechnik wird den Vorsprung im internationalen Wettbewerb in Zukunft noch mehr sichern als bisher.

In der Verkehrspolitik der CSU hat nicht ein Verkehrsmittel allein Vorfahrt - wir arbeiten für eine wirksame Verkehrsinfrastruktur, in der sich die verschiedenen Verkehrsträger sinnvoll ergänzen. Verkehr muß auch an seinen ökologischen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen gemessen werden. Die freie Wahl der Verkehrsmittel muß sich daran orientieren.

## 14.

**Wir werden in unserem Lande den inneren Frieden erhalten. Weil Deutschland kein Einwanderungsland ist und weil wir überzeugte Befürworter des Asylrechts für politisch Verfolgte sind, muß dem hunderttausendfachen Mißbrauch dieses Rechts ein Ende gesetzt werden. Wir werden unbeirrt für eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes eintreten. Unsere Politik für die Aussiedler werden wir den veränderten politischen Verhältnissen in Mittel- und Osteuropa anpassen.**

Bayerische Wesensart und Selbstverständnis der CSU umfassen gleichermaßen Gastlichkeit gegenüber Fremden und daraus resultierend gute Nachbarschaft mit unseren ausländischen Mitbürgern. Wir treten für eine angemessene Teilhabe der bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen an unserem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ein. Wir haben durch die Neuregelung des Ausländerrechts für die bei uns lebenden Ausländer durch klare Rechtsansprüche einen überschaubaren Rahmen für ihre weitere Lebensplanung geschaffen. Wer die Voraussetzungen erfüllt und dies will, kann die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben.

Voraussetzung dieser erfolgreichen Integrationspolitik für die rechtmäßig bei uns lebenden Ausländer ist die Begrenzung eines unumschränkten Zuzugs. Bei der Neuregelung des Ausländerrechts haben wir gewährleistet, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland wird. Für den Familiennachzug von Ausländern muß angemessener Wohnraum als Voraussetzung nachgewiesen werden. Wesentlich verbesserte Möglichkeiten zur Ausweisung von ausländischen Straftätern entschärfen möglichen sozialen Sprengstoff und erhöhen die Integrationsbereitschaft für die rechtmäßig bei uns lebenden Ausländer.

Nicht länger hinnehmbar ist der hunderttausendfache Mißbrauch des geltenden Asylrechtssystems der Bundesrepublik Deutschland. Gerade, weil die CSU mit Nachdruck das Asylrecht für politisch Verfolgte vertritt, stellt sie sich mit nicht weniger Nachdruck gegen den skandalösen Mißbrauch dieses Rechts. Allein im Jahr 1990 ist mit dem Zuzug von rund 200.000 Asylbewerbern zu rechnen - ganze drei Prozent davon werden nach allen bisherigen Erfahrungen nach langwierigem und kostenintensivem Verfahren als politisch Verfolgte anerkannt werden. Diese Entwicklung trägt dazu bei, Reserviertheit in der Bevölkerung gegenüber Ausländern und insbesondere gegenüber Asylbewerbern aufzubauen. Eine humanitäre und an den Grundsätzen der Gerechtigkeit orientierten Asylpolitik muß erreichen, daß die wirklich politisch Verfolgten rasch anerkannt und die Bewerber, die sich zu Unrecht auf das Asylrecht berufen, ebenso rasch in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Trotz großer personeller und organisatorischer Anstrengungen steigt die Zahl der unerledigten Asylersuchen ständig an, alle Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung und des Abschiebens sind ausgeschöpft. Deshalb drängt die CSU auf eine Änderung des Grundgesetzes. Hierzu soll die Gewährung von Asyl an politisch Verfolgte als institutionelle Garantie verfassungsrechtlich weiter abgesichert bleiben, ohne daß jedoch dem einzelnen Asylbewerber wie bisher ein in mehreren Instanzen vor den Gerichten einklagbares Grundrecht verbürgt wäre. Mit diesem Ziel orientieren wir uns an der Rechtslage in unseren europäischen Nachbarstaaten.

Obwohl das Asylproblem immer brennender wird, weigert sich nicht nur die SPD, sondern leider auch der Koalitionspartner FDP, mit uns das Nötige zu tun. Auch im neuen Bundestag aber und in der neuen Bundesregierung wird die CSU in dieser Frage unnachgiebig auf die einzig erfolversprechende Lösung drängen. SPD und FDP nehmen schwere Verantwortung auf sich, wenn sie sich hier gegen jede bessere

Einsicht ihrer Mitwirkung bei der Behebung eines offenkundigen und in seinen Auswirkungen auf Dauer verhängnisvollen Mißstandes verweigern.

Richtschnur unserer Politik bleibt, daß auch das wiedervereinigte Deutschland zu seiner nationalen Verpflichtung steht, allen deutschen Staatsangehörigen in Osteuropa und grundsätzlich auch jenen Personen die Aufnahme nicht zu versagen, die sich durch ihr persönliches und nachgewiesenes Bekenntnis ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk erhalten haben und denen es in ihrer osteuropäischen Heimat nicht gestattet wird, ihre Identität zu bewahren. Mit dieser solidarischen Offenheit leisten wir zugleich einen Beitrag zum friedlichen Miteinander der Völker.

Unsere Sozialpolitik für Spätszuwanderer muß jedoch den tiefgreifenden friedlichen und demokratischen Veränderungen in den osteuropäischen Staaten umfassend Rechnung tragen. Ein kriegsfolgebedingt gegen Deutsche gerichteter Vertreibungsdruck ist heute nur noch punktuell festzustellen.

Die CSU hat deshalb die notwendige Umorientierung rechtzeitig eingeleitet und konsequent weiterverfolgt. Unser Grundsatz ist es dabei, daß sowohl ungerechtfertigte Besserstellungen wie Schlechterstellungen gegenüber der einheimischen Bevölkerung ausgeschlossen werden müssen. Wir haben für notwendige Korrekturen im Fremdreitengesetz gesorgt, Eingliederungsleistungen zurückgeführt und den Zugang von Aussiedlern neu geregelt. Im Zuge der weiteren demokratisch-rechtsstaatlichen Entwicklungen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks werden wir unter Wahrung des Grundsatzes nationaler Solidarität aus Gründen der Redlichkeit und Gerechtigkeit notwendig werdende weitere Maßnahmen ergreifen.

## 15.

**Wir treten dafür ein, daß das geeinte Deutschland in Übereinstimmung mit seinen Partnern und Nachbarn größere weltpolitische Verantwortung übernimmt. Wir unterstützen den Kampf gegen Armut und Hunger und sind faire Partner der Dritten Welt.**

Die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes, der damit verbundene Abbau von Spannungen und großartige Perspektiven für eine friedliche europäische Zukunft täuschen

nicht darüber hinweg, daß es immer wieder zu weltpolitischen Krisen kommen kann. Stärker als bisher die Bundesrepublik wird dabei in Zukunft das geeinte Deutschland nach seiner Bereitschaft gefragt werden, konkrete Mitverantwortung zu übernehmen. Die CSU wird sich im neuen Bundestag dafür einsetzen, daß - die vom Irak heraufbeschworene Krise am Golf ist aktuelle Bestätigung der Dringlichkeit dieser Frage - gesetzliche und verfassungsmäßige Klarheit über die Beteiligung deutscher Soldaten an friedenssichernden Aktionen im Rahmen der Vereinten Nationen oder der Atlantischen Allianz geschaffen wird. Dies sind wir der wirtschaftlichen Leistungskraft, dem politischen Gewicht und der Selbstachtung unseres Landes ebenso schuldig wie unserer Solidarität gegenüber Verbündeten und Nachbarn und gegenüber unserer weltpolitischen Verantwortung schlechthin.

Das Bewußtsein für die Einheit der Welt, die Schicksalsgemeinschaft Menschheit, wächst. Unser christliches Politikverständnis verpflichtet uns zu tatkräftiger internationaler Solidarität im Kampf gegen Hunger und Armut sowie zum Einsatz für die Verwirklichung von Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechten. Der Zerfall des Sozialismus, der Abbau des Ost-West-Konfliktes, die Beendigung von Stellvertreterkriegen sowie politische und wirtschaftliche Reformprozesse in den Ländern Osteuropas und der Dritten Welt bringen für eine wirksame Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas neue Chancen. Schon die Tatsache, daß die Erhaltung der Umwelt zur Existenzfrage für alle Menschen wird, erfordert gebieterisch weltweite Zusammenarbeit. In den Entwicklungsländern ist die Umweltzerstörung auch eine Folge der Armut. Die Beseitigung von Armut erfordert Wirtschaftswachstum - aber wir müssen dafür sorgen, daß dieses Wachstum im Rahmen einer umweltgerechten Entwicklung erreicht wird. Besondere Bedeutung kommt der Erhaltung der tropischen Wälder und einer umweltverträglichen Energieversorgung in den Entwicklungsländern zu. Der Abbau des Konfliktpotentials zwischen Ost und West und die durch unsere Politik erreichten Abrüstungsschritte ermöglichen die Senkung der Verteidigungsausgaben. Ein Teil der dadurch frei werdenden Mittel müßte auch für den Bereich Umwelt und Entwicklung genutzt werden.

Entwicklungspolitik nach unseren Vorstellungen soll keine neuen Abhängigkeiten schaffen. Der Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe und der Respektierung der kulturellen Traditionen unserer Partner sind uns selbstverständlich. Mit unserer Entwicklungspolitik des wirtschaftlichen Aufbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Ernährungssicherung und einer frühzeitig ansetzenden Bildung und Ausbildung



sollen die schöpferischen Kräfte der Menschen zur eigenverantwortlichen Bewältigung ihres Lebens freigesetzt werden.

Die Förderung von Frauen muß insbesondere im Bereich der Aus- und Fortbildung ein Schwerpunkt der Entwicklungspolitik werden. Der Bildungsstand hat eine Schlüsselfunktion für die gesellschaftliche Stellung, für die Berufschancen und Einkommensmöglichkeiten von Frauen, aber auch für Gesundheit und Ausbildung der Kinder sowie für die Begrenzung des Bevölkerungswachstums.

Unsere Entwicklungshilfe muß auch dazu beitragen, den internationalen Drogenhandel zu bekämpfen und die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen für Drogenanbau und Drogenkonsum in den Entwicklungsländern zu beseitigen.

Die Aufgabe, durch notwendige Reformen geeignete politische, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen, liegt vor allem bei den Entwicklungsländern selbst. Andererseits bekennen wir uns zu der Verantwortung der Industrieländer, die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen herbeizuführen, die für eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung der Länder der Dritten Welt auf allen Gebieten notwendig sind. Diese Verpflichtung der Industrieländer bezieht sich vor allem auf eine Politik, die kontinuierliches Wirtschaftswachstum, niedrige Zinsen und stabile Wechselkurse ermöglicht, die Inflation unter Kontrolle hält, in- und ausländische Investitionen fördert, die Märkte öffnet und den internationalen Wettbewerb erhöht. Zur Erreichung dieser Ziele muß die internationale Entwicklungszusammenarbeit in ihrer Wirksamkeit verbessert werden.

Wir werden dafür sorgen, daß der Europäische Binnenmarkt für die Entwicklungsländer keine handelspolitische Festung wird. Wir unterstützen eine Fortentwicklung der europäischen Entwicklungshilfe, die dem wachsenden politischen Gewicht der EG in der Welt gerecht wird. Europa sollte im Nord-Süd-Dialog mit einer Stimme sprechen. Dennoch - weite Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit können auch künftig besser und wirksamer von den einzelnen Mitgliedsstaaten als von einer großen, zentralen Bürokratie wahrgenommen werden.

Die Solidarität mit den Menschen der Dritten Welt ist nicht allein Aufgabe des Staates. Die CSU begrüßt und unterstützt daher die großen Leistungen der Kirchen und privaten Träger in der Entwicklungspolitik. Private Unternehmen müssen die staatliche Entwicklungshilfe ergänzen. Nur durch ihre Einbeziehung ist eine nachhaltige und dauerhafte Entwicklung der Dritten Welt zum Besseren möglich.

## Wahlaufruf

Der 2. Dezember 1990 ist ein leuchtendes Datum im Buch der deutschen Geschichte. An diesem Tag wird nach Jahrzehnten gewaltsamer Teilung des Vaterlandes zum ersten Mal wieder ein gesamtdeutsches Parlament gewählt. Für diese Wahl bittet die Christlich-Soziale Union alle Wählerinnen und Wähler in Bayern um ihr Vertrauen.

Bayern als Heimat bewahren und gestalten, dem geeinten Vaterland Deutschland eine sichere und gute Zukunft bauen - dieser doppelte Auftrag kennzeichnet Selbstverständnis und Leistung der CSU. Bei der Landtagswahl am 14. Oktober hat die bayerische Bevölkerung mit ihrer Stimmabgabe dafür gesorgt, daß Bayern in guten Händen und Max Streibl Ministerpräsident des Freistaates bleibt. Bei der Bundestagswahl am 2. Dezember geht es darum, in einer Zeit großen politischen Umbruchs und historischer Wende dafür zu sorgen, daß die Führungsverantwortung der deutschen Politik bei der Koalition der Mitte, bei der CDU und CSU, bei Helmut Kohl und Theo Waigel bleibt.

In einer Periode der Herausforderung und der Bewährung hat die Bundesregierung Stehvermögen, Handlungsfähigkeit und Weitsicht bewiesen. Die CSU hat dazu ihren eigenständigen Beitrag mit unverwechselbarer Handschrift geleistet. Wir haben ja gesagt zu Deutschlands Einheit, wir haben angepackt, wir haben Verantwortung übernommen. Die SPD und ihr Kanzlerkandidat haben sich verweigert, haben sich auf rote Schwarzmalerei beschränkt, haben Angst geschürt und Neid gepredigt. Deshalb kann der SPD und ihrem Kanzlerkandidaten die Regierungsverantwortung für die kommenden Jahre, in denen es um den Auf- und Ausbau eines geeinten Deutschland geht, nicht übertragen werden.

Die Volkspartei CSU hat in der Vergangenheit in der Geschichte der Bundesrepublik bei allen historischen Entscheidungen das Gewicht Bayerns in die richtige Waagschale der deutschen Politik gelegt. Sie wird auch in Zukunft die richtigen Entscheidungen für das vereinte Deutschland treffen.

Dazu brauchen wir die Unterstützung des bayerischen Volkes. Deshalb bitten wir am 2. Dezember 1990 alle Wählerinnen und Wähler um ihre Stimme.